

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 2. Mai 2005 19.00 bis 21.05 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend:

Antenen Peter, SP	Lehmann Stefan, SVP
Arm Alfred, SP	Mader Mélanie, SP
Balz Christian, FDP	Matter Brigitta, SD
Bichsel Bernhard, jfk	Mooser Barbara, FDP
Bühler Evelyn, FDP	Moser Hans, SVP
Burren Christian, parteilos	Pestalozzi Hans-Ulrich, GB
Bussard Lorenz, SVP	Riesen Anton, FDP
Caminada Ignaz, CVP	Rohrbach Verena, SVP
Deuber Beat, SP	Salvisberg Ulrich, SVP
Egli Claudia, SP	Schörlin Marlise, SP
Giger Beat, SD	Sedlmayer Katrin, SP
Graber Martin A., SP	Staub Hugo, SP
Gysel Hermann, EVP	Staub Stephanie, SP
Hänni Thomas, FDP	Streiff Marco, EVP
Henggi Harald, FDP	Troxler Elisabeth, SP
Hofer Niklaus, SVP	Vifian Christian, SP
Krebs Daniel, SVP	Wyss Ursula, LdU
Lagger Valentin, CVP	Zwahlen Rolf, EVP
Maibach Urs, GB	

Entschuldigt: Deutsch Sandra, FDP
Stähli Markus, SVP

Gemeinderat

Mentha Luc, Gemeindepräsident	Streiff Marianne, EVP
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident	Studer Ueli, SVP
Berger Verena, SP	Wilk Urs, FDP
Sommaruga Simonetta, SP	

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	42
2. Kommissionsersatzwahlen	42
3. Stellenbewirtschaftung / Stellenumwandlungen Personalwesen; Präsidial- und Finanzdirektion	43
4. Juch Hallmatt, Niederwangen, Korrektur Hallmattstrasse, Anpassung Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe.....	45
5. Überparteiliche Motion bzw. Postulat betr. Fahrzeugflotte der Verwaltung zu Mobility CarSharing Erfüllung und Abschreibung 0305; Präsidial- und Finanzdirektion	46
6. Motion GB/GFL betr. Förderung von Begegnungszonen Beantwortung 0419; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	47
7. Motion SVP betr. Finanzstrategie und Aufgabenüberprüfung Beantwortung 0423; Präsidial- und Finanzdirektion	50
8. Motion Mader (SP/JUSO) betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot Beantwortung 0424; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	50
9. Motion des Jugendparlamentes betr. definitive Einführung der Moonliner-Linie M16 Bern-Niederscherli-Schwarzenburg-Riggisberg Beantwortung 0427; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	52
10. Motion SP betr. attraktiver öffentlicher Verkehr - auch in den Spitzenzeiten Beantwortung 0429; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	53
11. Interpellation jfk betr. ganzheitlichem Gemeindemarketing Beantwortung 0501; Präsidial- und Finanzdirektion.....	55
12. Interpellation Egli/Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Hochspannungsleitung Beantwortung 0502; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	55
13. Dringliche Motion SVP betr. Hochspannungsleitung Mühleberg-Wattenwil Beantwortung 0511; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	56
14. Verschiedenes	57

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich begrüsse euch herzlich zur heutigen Sitzung. Ganz speziell willkommen heisse ich zwei neue Mitglieder, Frau Brigitta Matter, anstelle des zurückgetretenen Peter Schori und Hans-Ulrich Pestalozzi, er übernimmt den Sitz von Rita Haudenschild. Die Demission von Peter Schori konnte dem Parlament noch nicht bekannt gegeben werden, weil sie erst eine Woche nach der letzten Sitzung beim Parlamentssekretariat eingetroffen ist. Ich lese euch das Schreiben von Peter Schori vor: "Geschätzte Damen und Herren, nach 11 Jahren und 3 Monaten habe ich mich entschieden, auf den 31. März 2005 aus dem Gemeindeparlament Köniz zurückzutreten. Es war für mich eine sehr schöne und lehrreiche Zeit. In der Politik ist es wie im Sport, man kann gewinnen, aber auch verlieren. All diese Jahre im Parlament haben mir den Horizont erweitert und verschlossene Türen geöffnet und so den Einstieg vor drei Jahren in den Grossen Rat erleichtert. Im Grossen Rat setze ich mich ein fürs Wohlergehen aller Gemeinden, die Könizer Politik wird mir nicht gleichgültig sein und werde sie dementsprechend verfolgen. Im Grunde genommen wollen ja alle Parteien nur das Beste für unsere Gemeinde. Jetzt bleibt mir nur noch zu danken. Danken möchte ich dem Parlament für die offenen Diskussionen und für die menschliche Zusammenarbeit. Den Verwaltungen möchte ich danken für die immer freundlichen Auskünfte. Euch Exekutivmitgliedern, euch Parlamentsmitgliedern wünsche ich für die Zukunft alles Gute und immer die richtigen Entscheide zum Wohle unserer Gemeinde. Mit freundlichen Grüssen, Peter Schori." Leider ist Peter Schori heute nicht hier, da er sich bei einem Arbeitsunfall den Mittelfusssknochen des linken Fusses gebrochen hat. Unser Dank für seine über 11-jährige Arbeit hier im Parlament und unsere besten Genesungswünsche werden ihn mittels einer Genesungskarte erreichen.

Zusammen mit dem Protokoll der beiden Märzsitzen wurden euch letzte Woche folgende Unterlagen zugestellt: Zwei Vorschläge für Kommissionersatzwahlen, Unterlagen zum Geschäft 13 Dringliche Motion SVP betr. Hochspannungsleitung Mühleberg-Wattenwil, die aktualisierte Liste unerledigter parlamentarischer Vorstösse, die Einladung des Gemeinderates für eine Informationsveranstaltung über die aktuelle Finanzlage der Gemeinde, welche am Montag, 30. Mai 2005 stattfinden wird - eine Art Fortsetzungskurs von heute - und den Jahresbericht juk (Jugendarbeit Köniz).

Appell

Es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend; das Parlament ist somit beschlussfähig.

1. Protokolle

Heute liegen zwei Protokolle vor, die wir leider erst am vergangenen Freitag erhalten haben. Ich finde die Situation betreffend Protokolle sehr unbefriedigend. Es wurde mir zwar versichert, dass jetzt wirklich keine Störungen mehr bei der Aufnahme während der Parlamentssitzungen passieren sollten, aber ich bringe heute offiziell die Forderung an, die Protokolle mindestens zwei Wochen vor der nächst folgenden Sitzung zu erhalten. Ich kann das Protokoll vom 14. März in der vorliegenden Form leider nicht akzeptieren und gebe es zur Überarbeitung zurück. Wir werden dieses anlässlich der nächsten Sitzung behandeln.

Das Protokoll der Sitzung vom 21. März 2005 wird ohne Bemerkungen genehmigt.

2. Kommissionersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, liegen folgende Ersatzvorschläge vor:

- 0504 Primarschulkommission Schliern: Leuenberger Stephan, Talbodenstrasse 86, 3098 Schliern (EVP), anstelle von Fischer Marta, Schliern, ab sofort
- 0505 Primarschulkommission Mittelhäusern: Christen Therese, Spitzackerweg 20, 3145 Niederscherli (SP), anstelle von Rieder Markus, Mittelhäusern, ab 1. August 2005
- 0506 Primarschulkommission Mengestorf: Aebi-Huber Isabella, Gaselstrasse 165, 3144 Gasel (parteilos, Sitzanspruch SP), anstelle von Brönnimann Julia, Mengestorf, ab 1. August 2005.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich gebe hiermit meinen Rücktritt aus der Redaktionskommission bekannt, denn seit anfangs 2005 bin ich Mitglied der GPK. Ich möchte Alfred Arm als meinen Nachfolger vorschlagen, er ist als Informationsbeauftragter der Kirchgemeinde und als ehemals freischaffender Journalist sicher bestens für diese Arbeit prädestiniert.

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2005, wird gewählt

- als Mitglied der (parlamentarischen) Redaktionskommission: Herr Alfred Arm (SP), anstelle von Frau Katrin Sedlmayer (SP).

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt und wünscht ihnen alles Gute für das neue Amt.

3. Stellenbewirtschaftung / Stellenumwandlungen

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Dieses Geschäft - vor allem die Stellenumwandlungen, um welche es heute geht - wurde zweimal vorberaten; die Umwandlungen 2.1 bis 2.3 zuerst in der Kommission für soziale Fragen, das ganze Geschäft anschliessend in der GPK: Dabei wurden detaillierte Fragen zur heutigen Situation und vor allem zur Beurteilung von künftigen Entwicklungen behandelt. Ich gehe davon aus, dass die Fraktionen durch die entsprechenden Mitglieder orientiert worden sind. Gestattet mir ein paar ergänzende Bemerkungen, zuerst zur Stelle 2.1: In diesem Bereich erhöhte sich nicht nur die Fallzahl, sondern der Arbeitsaufwand insgesamt durch zusätzliche Anforderungen. Bei der Schaffung der befristeten Stelle durch den Gemeinderat waren Ausstände bei den Alimenterinkassi in der Höhe von 5 Millionen Franken vorhanden, heute sind es bereits 9 Millionen Franken. Dazu ist zu bemerken, dass die Gemeinde vom erhöhten Inkassoerfolg einen Drittel behalten kann, d.h. sie muss diesen nicht in den Lastenausgleich abliefern. Bei der Stelle 2.3 ist anzufügen, dass sich die Situation im Asylwesen mit der kleiner werdenden Zahl von Zuweisungen verändert hat. Heute müssen vermehrt Personen betreut werden, die sich bereits länger in der Schweiz aufhalten, bei deren Betreuung verschiedene, aufwandintensivere Probleme anfallen.

Eine Zusatzinformation im Zusammenhang mit dem Informatik-Zentrum: Die Nettoerträge von Kunden - andere Gemeinden, Altersheime, Spitex - helfen, die Kosten der beiden Partner Köniz und Muri zu reduzieren. Die Kommission für soziale Fragen (KSF) hat einstimmig beschlossen, der GPK die Zustimmung zu den Anträgen 2.1 bis 2.3 der GPK zu empfehlen. Die GPK ihrerseits empfiehlt dem Parlament - ebenfalls einstimmig - die Beschlussfassung gemäss Antrag des Gemeinderates. Im Namen der FDP/jfk-Fraktion kann ich erklären, dass sie den Anträgen des Gemeinderates zustimmen wird.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke den beiden vorberatenden Kommissionen herzlich für die sorgfältige Analyse des Geschäftes, es wurde intensiv und nicht einfach "auf die Schnelle" beraten. Der Sprecher Harald Henggi hat das Ergebnis der Abklärungen sehr abgekürzt dargestellt, denn die Überprüfungen gingen zum Teil sehr viel weiter.

Eintreten

Herr Martin Graber (SP): Die SP-Fraktion wird dem vorliegenden Geschäft zustimmen.

Die Darstellung im Bericht ist reichlich kompliziert und wir sind froh, wenn - wie angekündigt - die Lesbarkeit im nächsten Jahr verbessert wird. Die Notwendigkeit der Umwandlungen in unbefristete Stellen wie auch der neu zu schaffenden Stellen wurden plausibel erklärt und machen alle Sinn. Wie Harald Henggi erklärte, können sie zum Teil sogar Einnahmen generieren. Im Sozialbereich hat die Fallbelastung massiv zugenommen. Wir stellen fest, dass Köniz die möglichen und über den Lastenausgleich finanzierten Stellen nicht ausgeschöpft hat, und trotzdem ist es möglich, alles zu bearbeiten, dies aber nur deshalb, weil wir über gut qualifiziertes, langjähriges Personal verfügen, das effizient und sehr gut arbeitet. Ich bitte Herrn Gemeinderat Ueli Studer, Lob und Anerkennung an die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzuleiten. Der Bericht zeigt aber auch, wie wichtig es ist, gute Anstellungsbedingungen für das Personal zu schaffen, damit wir über langjährige Mitarbeitende verfügen können.

Frau Ursula Wyss (LdU): Die vorgelegten Stellenumwandlungen sind plausibel, materiell habe ich meinen Vorrednern nichts mehr beizufügen. Die EVP/CVP/LdU-Fraktion wird den

Stellenumwandlungen einstimmig zustimmen. Weshalb wir jedoch unter Punkt 3 nur von der Aufhebung von Stellenprozenten Kenntnis nehmen sollen, nicht aber von den vom Gemeinderat bewilligten neuen Stellen - obwohl diese im Geschäft aufgeführt sind - ist mir nicht klar. Wir begrüssen es im Übrigen sehr, dass die komplizierten Differenzen in Zukunft mittels eines anderen Zeitplans bereinigt und aufgehoben werden können.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich nehme die Frage von Ursula Wyss gerne entgegen und verweise darauf, dass wir in den vergangenen Jahren immer auf diese Art jenen Teil zur Kenntnis gegeben haben, welchen der Gemeinderat im Bereich der befristeten Stellen selber aufgehoben hat. Das wurde im Parlament nie kritisiert, und in diesem Sinne sah ich mich nicht veranlasst, es neu zu hinterfragen. Im nächsten Jahr werden wir euch entweder einen anderen Beschlussesentwurf in Bezug auf die Kenntnisnahme vorlegen oder eine gute Begründung liefern, weshalb wir euch das Geschäft nach bisheriger Praxis vorlegen.

Detailberatung

Herr Christian Vifian (SP): Auf Seite 2 unter Punkt 2.4 habe ich zur Kenntnis genommen, dass ein Mitarbeiter, welcher jetzt zu 50 Prozent unbefristet öffentlichrechtlich und zu 50 Prozent unbefristet privatrechtlich angestellt ist, neu 100 Prozent unbefristet öffentlichrechtlich angestellt werden soll. Öffentlichrechtliche Anstellungen sind Anstellungsverfügungen, d.h. ein besserer Schutz des Arbeitnehmenden. Solche Umwandlungen machen Sinn, wenn die privatrechtlichen Vertragsverhältnisse befristet sind und klar ist, dass man sie benötigt. Ich möchte vom Gemeinderat gerne wissen, welche Personalpolitik in diesem Bereich gilt. Wann wird im befristeten Bereich in erster Linie privatrechtlich - nach OR - angestellt? Wieso kann es zu befristeten Anstellungen kommen, zu welchen das Parlament nichts zu sagen hat? Zum Schluss: Was sind die Kriterien für öffentlichrechtliche Anstellungen, bei welchen das Parlament, gemäss Personalreglement Art. 4 Abs. 1, zuständig ist und darüber befinden kann? Ich hätte gerne Antwort auf diese Fragen, damit ich einen Einblick in die Handhabung der Anstellungsmodalitäten erhalte.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Wie Christian Vifian richtig gesagt hat, nehmen wir grundsätzlich bei auf langfristig ausgelegten Stellen eine öffentlichrechtliche Anstellung vor, aber bei ganz kleinen Pensen, die immer wieder schwanken, werden privatrechtliche Anstellungsbedingungen gewählt. Im geschilderten Fall drängte sich eine Bereinigung auf.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. Das Parlament beschliesst die Umwandlung der folgenden befristeten in unbefristete öffentlichrechtliche Stellen nach Artikel 4 Absatz 1 des Personalreglementes.

Direktion	Richtfunktion	Stellen-%	Stellenbewilligung	Ablauf Bewilligung	Umwandlung per
SGS/ASV	Adm. Sachbearbeiterin I	50	1.10.1999	30.09.2005	1.10.2005
SGS/ASV	Sachbearb. im Soz. Bereich / Sozial-arbeiterin	40	14.02.2001	28.02.2006	1.07.2005
SGS/ASE	Adm. MA II	10	1.04.1999	31.03.2005	1.04.2005
SGS/SCHULA	Berufsarbeiter II	50	1.01.2002	p.r. unbefr.	1.04.2004
PFD/STAB	Fachspezialist I	80	1.01.2000	31.12.2005	1.01.2006

2. Das Parlament hebt folgende unbefristetete öffentlichrechtliche Stellenprozente auf:

Direktion	Funktionsbezeichnung	Stellenprozente	Stellenabbau per	Begründung
SGS/ASE	Adm. Sachb. I	10	31.08.2004	BG-Reduktion einer Mitarbeiterin im Asylbereich

3. Das Parlament nimmt davon Kenntnis, dass der Gemeinderat in eigener Kompetenz 50 befristete öffentlichrechtliche Stellenprozente aufgehoben hat.

4. Juch Hallmatt, Niederwangen, Korrektion Hallmattstrasse, Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen, Anpassung

Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe

Herr Urs Maibach (GB, GPK-Sprecher): Der Kanton ist zur Zeit in der Bauausführung der Korrektion des Autobahnanschlusses Bern-Niederwangen, zusammen mit der Korrektion der Hallmattstrasse. Im vorliegenden Geschäft geht es darum, dass die Gemeinde die Arbeiten im Bereich von Wasser und Abwasser, welche sie zusammen mit jenen des Kantons auszuführen hat, mit diesem koordiniert. Bei den Arbeiten - für welche das Parlament den Verpflichtungskredit zu bewilligen hat - handelt es sich ausschliesslich um solche, die sich durch die Veränderung der Hallmattstrasse aufdrängen, weil sich durch die Korrektion Schächte und Abspülgänge sonst mitten in der Fahrbahn befinden würden. Für die öffentliche Erschliessung des ESP Juch-Hallmatt ist vorgesehen, Hüllrohre unter der Hallmattstrasse und dem Autobahnzubringer einzuziehen, um zu verhindern, dass die Strasse in ein paar Wochen bereits wieder aufgerissen werden muss. Ebenfalls ergeben sich Anpassungen bei der Kanalisation, denn für die Oberflächenentwässerung muss eine Mischwasserkanalisation erstellt werden, für welche ein Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinde auf der Basis der eingeleiteten Wassermenge vereinbart wurde. Auch dies zeigt, dass das Geschäft nun angegangen werden muss. Die Finanzierung erfolgt über die reglementarischen Gebühren, respektive aus der Spezialfinanzierung Wasser und Abwasser und Werterhalt. Sie ist in der bewilligten Jahrestranche 2005 des Investitionsplans enthalten und sichergestellt. Der Erschliessung stehen einmalige Anschlussgebühren Abwasser für die geplanten Bauvorhaben von 210'000 Franken gegenüber. Dass diese Arbeiten jetzt ausgeführt werden, ist sinnvoll, weil sonst womöglich die Strasse in ein paar Wochen an mehreren Stellen wieder aufgerissen werden müsste, vor allem würden alle Kostensynergien wegfallen.

Eintreten

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Zu diesem Geschäft kann der gesunde Menschenverstand nur Ja sagen. Die hier anfallenden Kosten sind Investitionen für die Zukunft. Wir wissen alle, dass diese Baufelder früher oder später ihrer Nutzung zugeführt werden, also schlagen wir den "Pflock" für die Zukunft des Wangentals ein. Um so mehr, da die Gemeinderrechnung mit den hier anfallenden Kosten nicht belastet wird, weil diese aus der Spezialfinanzierung finanziert werden. Die SVP-Fraktion steht einstimmig hinter dem Geschäft. Noch etwas zum mitgelieferten Plan: Dieser ist gut und recht, aber von uns aus gesehen hätten die einzelnen Baufelder eingezeichnet werden müssen. Dies ist ein Hinweis für die Zukunft, damit man sich ein besseres Bild der Plandarstellungen machen kann. Die SVP-Fraktion stimmt diesem Geschäft zu.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Auch die SP-JUSO-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates zu diesem Geschäft. Anlässlich der Schulung von heute haben wir von Herrn Seewer gelernt, einer der wichtigsten Haushaltgrundsätze sei jener, sparsam und wirtschaftlich zu haushalten. Dieses Geschäft erfüllt diesen Gesichtspunkt vollkommen, es ist absolut sinnvoll, im Zusammenhang mit den Strassenbauarbeiten des Kantons die Werkleitungsumlegungs- und Ergänzungsarbeiten auszuführen und die Synergien zu nutzen. Es kann nicht sein, dass wir warten und dann eine Strasse aufreissen müssen, weil die Gelegenheit verpasst wurde. Zudem ist für die Erschliessung der Baufelder mit einmaligen Anschlussgebühren für Abwasser von 210'000 Franken zu rechnen, welche an die Gemeinde zurückfallen. Auch haben wir in der Schulung gelernt, dass die Finanzierung sichergestellt sein muss, was bei diesem Geschäft klar der Fall ist, die Finanzierung ist innerhalb der Jahrestranche 2005 im Investitionsplan enthalten.

Herr Marco Streiff (EVP): Auch die CVP/EVP/LdU-Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu, es wäre wirklich nicht intelligent, die Synergien nicht zu nutzen, vor allem, da auch die Finanzierung geregelt ist. Es ist sinnvoll, dieses Gebiet zu nutzen und dafür muss die Infrastruktur zum jetzigen, günstigen Zeitpunkt geschaffen werden.

Detail

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP): Ich bedanke mich für die freundliche Aufnahme des Geschäftes und nehme die Anregung von Herrn Salvisberg betreffend Plandarstellung

gerne entgegen.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

- 1. Das Parlament bewilligt einen Kredit von CHF 240'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 520.501.4660, für die Anpassung der Wasserversorgungsanlagen an die Korrektur der Hallmattstrasse in Niederwangen**
- 2. Das Parlament bewilligt einen Kredit von CHF 802'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 530.501.1663, für die Anpassung der Abwasseranlagen an die Korrektur der Hallmattstrasse, Niederwangen.**

5. Überparteiliche Motion bzw. Postulat betr. Fahrzeugflotte der Verwaltung zu Mobility CarSharing

Erfüllung und Abschreibung 0305; Präsidial- und Finanzdirektion

Frau Katrin Sedlmayer (SP): In der Politik braucht es einen langen Atem und ab und zu - so scheint es mir - auch einen Umbau, denn der erste Vorstoss für Mobility-CarSharing wurde im Oktober 1998 eingereicht. Der Bau des neuen Gemeindehauses Bläuacker, vielleicht auch der Umbau im Gemeinderat, haben nun dazu beigetragen, dass die Gemeinde sich nach sieben Jahren entschlossen hat, bei Mobility-CarSharing mitzumachen. Das ist ausgezeichnet und für mich ein klares Ja zu einer umweltfreundlichen Mobilität. Es ist bekannt, dass "Car-Sharer" ihren Autoeinsatz bis zu 72 Prozent reduzieren, denn das immer verfügbare Auto direkt vor dem Haus verlockt zu vielen unnötigen Fahrten. Kürzlich habe ich gelesen, dass 30 Prozent der Autofahrten für Distanzen unter drei Kilometer stattfinden. Ich bin überzeugt, dass es auch beim Personal der Verwaltung zu einem Umdenken kommen wird. Zudem machen die drei Smart-Automobile, welche der Verwaltung zur Verfügung stehen, das Mobility-Angebot für die Könizer Bevölkerung attraktiver, weil jeweils nach den Geschäftszeiten und an Wochenenden mehr Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Ganz erfreulich ist, dass die Gemeinde im gleichen Zug ein Gesamtkonzept für die Mobilität eingeführt hat, mit welchem sie eine Vorbildfunktion übernimmt, nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für Firmen. Mit unserem heute Abend lancierten Vorstoss fordern wir, dass die Gemeinde auch Firmen dazu bewegen soll, ein Gesamt-Mobilitätskonzept zu erstellen. Wir können uns nicht immer über Stau und zunehmenden Verkehr beklagen und nichts dagegen unternehmen! Ich bin überzeugt, dass die Gemeinde mit ihrem Konzept einen wegweisenden Entscheid getroffen hat und sehr gespannt auf die Auswertung des Konzeptes. Ich danke dem Gemeinderat für diesen weitsichtigen und mutigen Entscheid.

Herr Urs Maibach (GB): Der Gemeinderat hat das Postulat gut aufgenommen, die Probleme bezüglich Verkehr wirklich erfasst und ein Mobilitätskonzept aufgestellt mit den Prioritäten Langsamverkehr und öffentliche Verkehrsmittel. In diesem Konzept hat nun auch das CarSharing Platz gefunden. Ich danke dem Gemeinderat herzlich für diesen Einsatz.

Neben den drei Mobility-Fahrzeugen sind im Fahrzeugpool noch drei eigene Fahrzeuge der Gemeinde vorhanden. Aus der Antwort geht nicht klar hervor, ob es sich bei den gemeindeeigenen Fahrzeugen um Spezialfahrzeuge handelt oder ob sie gleich einzusetzen sind wie die Mobility-Fahrzeuge. Wenn dem so ist, muss dieser Umstand bei der Auswertung Ende 2005 und 2006 entsprechend berücksichtigt werden, denn es kann sein, dass die gemeindeeigenen Fahrzeuge von den Angestellten mehr benutzt werden als die Mobility-Fahrzeuge, was die Ergebnisse verfälschen würde. Ich bin überzeugt, dass eine Zusammenarbeit mit Mobility-CarSharing für die Gemeinde sinnvoll und interessant ist, insbesondere auch für die Bevölkerung. In meiner Funktion als Filialleiter von Mobility für die Gemeinde Köniz mache ich das Angebot, das Projekt weiter zu verfolgen und zu unterstützen. In der Gemeinde Köniz stehen - zusammen mit den drei Gemeinde-Fahrzeugen - neu 16 Fahrzeuge zur Verfügung.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke Katrin Sedlmayer und Urs Maibach für die sehr positive Aufnahme des Antrages des Gemeinderates auf Abschreibung des Vorstosses. Wir wollen tatsächlich im Bereich der Mobilität unseres Unternehmens Gemeinde Köniz mit diesem Konzept eine gewisse Vorbildfunktion übernehmen. Ihr alle wisst, dass eines der grossen Probleme unserer Gemeinde der Verkehr ist, darüber wird oft diskutiert, die Zeitungen

sind voll davon, und momentan läuft ein Verkehrsversuch. Mit einem Mobilitätsmanagement kann ein Beitrag dazu geleistet werden, dass der Verkehr nicht über Gebühr wächst, und es kann versucht werden, ihn zu beeinflussen. Das Konzept verstehen wir im Sinne eines Nagels, den wir eingeschlagen haben, wir werden es im Rahmen von Evaluationen überprüfen und Bilanz ziehen. Ich persönlich bin überzeugt, dass noch Optimierungspotenzial vorhanden ist. Vermutlich können z.B. die fixen Reservationszeiten mit Mobility reduziert werden, eventuell wird ein gemeindeeigenes Fahrzeug nicht mehr ersetzt; auch die Anzahl der Zugangskarten kann reduziert werden. Ich würde es begrüßen, wenn ein Teil der heute beim Bahnhof Köniz stationierten Mobility-Fahrzeuge auf dem Parkplatz der ehemaligen Migros-Filiale platziert würden, was für die Bevölkerung, welche auf der anderen Seite der Bahnlinie wohnt, eine interessante Verschiebung wäre. Ich bin froh über die gute Aufnahme des Mobilitätskonzept, wir arbeiten daran und wollen es optimieren.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die in ein Postulat umgewandelte überparteiliche Motion (0305) betr. Fahrzeugflotte der Verwaltung zu Mobility CarSharing wird als erfüllt abgeschrieben.

6. Motion GB/GFL betr. Förderung von Begegnungszonen

Beantwortung 0419; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Als Zweitunterzeichnender verzichte ich darauf, den Vorstoss zu vertreten, und mit mir verzichten auch alle anderen Mitunterzeichnenden auf das Wort. Es ist aber nicht so, dass niemand mehr hinter dieser Motion steht, diese ist gut, aber deren eigentlicher Verfasser - Hans-Ulrich Pestalozzi - sitzt seit heute Abend im Parlament, und wir wollen ihm bei dieser Gelegenheit gerne das Wort überlassen.

Herr Hans-Ulrich Pestalozzi (GB): Ich danke Rolf Zwahlen für die Worterteilung in dieser Sache und auch dem Parlament für die freundliche Aufnahme. Ich bin froh darüber, die Motion, an welcher ich wesentlich beteiligt war, vertreten zu können.

Begegnungszonen sind in den Schlagzeilen, ich picke zwei heraus: Zuerst einen Artikel der Stadt Bern "Spielen auf der Strasse ist erlaubt, immer mehr Quartierstrasse in der Stadt Bern werden zu Begegnungszonen". Gemäss diesem Artikel sind in Bern bereits 18 Begegnungszonen realisiert und 14 weitere in Projektierung. Umfragen zeigen auf, dass zwei Drittel der Anwohnenden diese Massnahmen als deutliche Verbesserung der Wohnqualität erleben. Auch Begegnungszonen der Gemeinde Köniz waren in den Schlagzeilen, ein Beispiel: "Anwohner sollen zahlen". Mit diesem Artikel wurde eigentlich die bisherige Haltung der Gemeinde zusammengefasst und er war der direkte Anlass zur Einreichung der Motion. In der Gemeinde Köniz gibt es bis heute eine Begegnungszone als Neuerschliessung und noch keine einzige auf bestehenden Quartierstrassen.

Ich danke dem Gemeinderat ausdrücklich, dass er bereit ist, in dieser Sache umzudenken und die Motion zur Annahme empfiehlt. Die Annahme ist auf der Linie des Leitbildes der Gemeinde. Unter dem Stichwort "Verkehrsberuhigung" steht folgendes: "Mit Verkehrsberuhigungsmassnahmen wird die Verkehrssicherheit erhöht und der Strassenraum als Teil des Lebensraumes aufgewertet". Hiezu würde die Motion einen wesentlichen Beitrag leisten. Bei Begegnungszonen soll es nicht um die Aufstellung zusätzlicher Schikanen gehen oder darum, noch mehr Verbote aufzustellen, sondern diese werden nur dort eingerichtet, wo es die Anwohnenden ausdrücklich wünschen. Es geht darum, dass eine Signalisation markieren soll, dass ab dieser ein anderes Regime gilt. Fussgänger sollen den ganzen Strassenraum benutzen können, Vortritt vor Fahrzeugen haben, diese aber nicht unnötig behindern. Die Anwohnenden müssen demnach mit ihren Kindern weiterhin Verkehrserziehung betreiben. Auf vielen Quartierstrassen der Gemeinde wird aber heute schon häufig gespielt, ohne dass diese als Begegnungszonen markiert sind. Das ist per Gesetz ausdrücklich erlaubt, aber sehr gefährlich, und die Markierung von Begegnungszonen soll den für die Kinder notwendigen Schutz bieten. Es ist auch für Eltern eine wesentliche Entlastung zu wissen, dass die Kinder ohne grosse Gefahren auf der Strasse mit ihren Kollegen spielen und sich bewegen können. Zum Stichwort Bewegung: Verschiedene Studien zeigen auf, dass Kinder, die sich viel bewegen, schlauer sind; Bewegung ist also etwas ganz Wichtiges, und überspitzt kann gesagt werden,

Begegnungszonen seien auch in dieser Beziehung eine schlaue Sache.

Zurück zu den Zeitungsartikeln: Nimmt das Parlament die Motion an, ist das ein öffentliches Signal für Köniz als Wohngemeinde. Auf der Traktandenliste steht noch die Motion betr. ganzheitlichem Gemeindefmarketing, und im Bereich Wohnen ist die Förderung von Begegnungszonen ein Teil davon. In nächster Zeit werden in der Gemeinde sehr viele Arbeitsplätze geschaffen, und viele junge Familien werden den Wohnort Köniz evaluieren, und bestehende oder neu zu schaffende Begegnungszonen können den Standortentscheid sicher positiv beeinflussen. Das alles kann mit relativ geringen Kosten realisiert werden, eine Begegnungszone kostet je nach Länge zwischen 5'000 und 15'000 Franken. Dass - wenn immer möglich - auf bauliche Massnahmen verzichtet werden soll, wurde in der Begründung der Motion bereits erwähnt.

Sehr positiv ist, dass der Gemeinderat das Anliegen aufnimmt; zum Teil Neuerschliessungen ist das Beispiel Bodelenweg in Niederwangen aufgeführt. Vertreter des Grünen Bündnisses liessen sich dieses Beispiel von einem Vertreter der Gemeinde erklären und dieser sagte uns, die Gemeinde habe die Erstellung der Begegnungszone zur Bedingung gemacht. In der Antwort des Gemeinderates steht aber lediglich, falls der Investor den Wunsch habe, eine Begegnungszone zu realisieren, könne die Gemeinde darauf eintreten. Meiner Meinung nach müsste dies mehr im Sinne der Realisierung am Bodelenweg formuliert sein.

Zu den bestehenden Detailerschliessungen, und auf diese bezieht sich die Motion hauptsächlich: Positiv ist, dass die Gemeinde die Kosten für Planung und Signalisation übernehmen wird und diese nicht durch die Anwohnenden bezahlt werden müssen. Zu zwei Punkten habe ich noch Anmerkungen. Punkt 1: Es wird gefordert, dass drei Viertel aller Anwohnenden ihr schriftliches Einverständnis bezeugen müssen, unserer Meinung ist das etwas hoch gegriffen, denn in der Schweiz wird von einer deutlichen Mehrheit ab zwei Dritteln ausgegangen. Punkt 2: Die verlangten Grundeigentümerbeiträge sind geleistet: Ich sehe keinen sachlichen und rechtlichen Zusammenhang, wieso dieser Punkt aufgeführt ist. Ich weiss weshalb, aber er gehört nicht in die Antwort des Gemeinderates, weil man mit gleichem Recht z.B. erklären könnte, die Anwohner hätten ihre Steuern bezahlt. Das Gesetz zeigt klar auf, wie korrekt verfügte Grundeigentümerbeiträge bezahlt werden müssen.

In einem wesentlichen Aspekt bin ich von der Antwort des Gemeinderates nicht befriedigt: Die Motion verlangt ausdrücklich die Förderung von Begegnungszonen, und ich sehe nirgends in der Antwort etwas, das aufzeigt, wie diese gefördert werden sollen. Auf bestehenden Quartierstrassen ist noch keine Begegnungszone umgesetzt, und aus diesem Grund betrachte ich die Motion als nicht erfüllt. Der Gemeinderat listet nur Bedingungen auf, wie er vorgehen würde, aber zur Förderung ist nichts aufgeführt. Ich stelle den Antrag, die Motion anzunehmen, aber nicht abzuschreiben.

Herr Hugo Staub (SP): Hans-Ulrich Pestalozzi hat eingehend zum Thema gesprochen, ich möchte nur einen kleinen Aspekt anfügen: Ich arbeite in diesem Bereich bei der Stadt Bern und kann erklären, dass wir mit der Einrichtung von Begegnungszonen durchwegs positive Erfahrungen gemacht haben. Die Anwohnenden fühlen sich sehr wohl, und auf diese Weise kann offensichtlich sehr günstig und einfach etwas zur Verbesserung der Verbundenheit der Bevölkerung mit ihrem Wohnort geleistet werden. Die Wohnzonen in der Stadt Bern wurden alle auf bestehenden Quartierstrassen realisiert. Die SP/JUSO-Fraktion findet es auch positiv, dass der Gemeinderat die Motion annehmen will, aber der Tatbeweis im Sinne der Förderung von Begegnungszonen - welchen die Motion verlangt - ist noch nicht erbracht und somit der Zeitpunkt für die Abschreibung noch nicht gegeben.

Frau Ursula Wyss (LdU): Mich freut auch, dass der Gemeinderat Begegnungszonen ermöglichen und fördern will und jetzt klare Regeln für die Realisierung vorhanden sind. Erfahrungen aus anderen Orten sind positiv, ein paar Beispiele werden im neuesten "Beobachter" beschrieben. Begegnungszonen werden auch immer mehr in Stadtzentren eingerichtet, als Beispiel sind Grenchen und Visp aufgeführt, in welchen die Anwohnenden laut Umfragen sehr zufrieden sind. Nehmen wir die Motion an, wissen Anwohnende der Gemeinde Köniz aber noch nichts von der neuen Möglichkeit, im Quartier Begegnungszonen einzurichten. Ich möchte den Gemeinderat deshalb auffordern, die Möglichkeit der Einrichtung von Begegnungszonen und die notwendigen Auflagen dazu der Bevölkerung kund zu tun. Die Abschreibung zum heutigen Zeitpunkt ist für mich - wie für meine beiden Vorredner - nicht gegeben. Die Motion soll erst

dann abgeschrieben werden, wenn der Gemeinderat den Beweis angetreten hat, dass es ihm mit der Förderung von Begegnungszonen wirklich Ernst ist. Ich bitte euch, die Motion anzunehmen, aber noch nicht abzuschreiben.

Herr Marco Streiff (EVP): Ich picke noch einen Punkt aus der Antwort des Gemeinderates in Bezug auf das Anliegen heraus: Im vierten Begründungspunkt steht, dass bauliche Massnahmen möglichst vermieden werden sollen. Für mich besteht ein kleiner Widerspruch darin, wenn erklärt wird, dass mehr Kontrollen durchgeführt werden, wenn die Höchstgeschwindigkeiten nicht eingehalten werden und die dadurch generierten Bussgelder für allfällige bauliche Massnahmen verwendet werden. Ich weise darauf hin, dass bauliche Massnahmen vermieden werden sollten, denn verbaute Begegnungszonen bringen nichts. Wenn erreicht werden will, dass Kinder vermehrt in solchen Begegnungszonen spielen können, sind bauliche Massnahmen am falschen Platz.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Danke für die Anregungen. Ich beginne bei Marco Streiff: Er hat richtig erklärt, dass Begegnungszonen nicht verbaut werden sollen. Für Temporeduktionen sind auch keine solchen notwendig, sie können z.B. durch eine geschickte Anordnung von Parkfeldern erreicht werden. Geschwindigkeitskontrollen sind eine gesetzliche Auflage, und wenn eine temporeduzierte Quartierzone verfügt wird, muss nachgewiesen werden, dass die gefahrenen Tempi der Signalisation entsprechen. Zu Ursula Wyss: Aus der Antwort des Gemeinderates geht meiner Meinung nach deutlich hervor, dass es dem Gemeinderat mit der Realisierung von Begegnungszonen Ernst ist. Ich schlage gleich den Bogen zu Herrn Pestalozzi: Dass wir noch keine Begegnungszonen in bestehenden Quartieren haben, hängt nicht vom Gemeinderat ab. Es gab eine konkrete Eingabe für eine Begegnungszone in Wabern an der Parkstrasse, die aber nicht zustande kam, weil sich die Anwohnenden nicht einigen konnten. Die Gemeinde hat am Bodelenweg nicht "befohlen", eine Begegnungszone zu realisieren, die Grundeigentümer kamen selber mit dem Vorschlag und diese Zone wurde im Erschliessungsvertrag in Absprache mit den Grundeigentümern definitiv geregelt. Im Übrigen bin ich der Meinung, das Angebot des Gemeinderates sei gut und ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten Monaten mit Eingaben für Begegnungszonen überschwemmt werden. Diese werden gemäss Vorgabenkatalog geprüft und wenn alles stimmt, umgesetzt. Ich bitte euch, die Motion anzunehmen und abzuschreiben.

Herr Marco Streiff (EVP): Ich frage mich, wie die Bevölkerung über die Möglichkeit der Realisierung von Begegnungszonen erfährt. Ist eine Publikation geplant, z.B. im "Köniz Innerorts"?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich gehe davon aus, dass die drei anwesenden Pressevertreter das Thema morgen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen werden, und eine Reportage aus meiner Direktion kann durchaus im "Köniz Innerorts" publiziert werden.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich möchte hier klar Stellung beziehen: Wenn der Gemeinderat verspricht, die Möglichkeit der Realisierung von Begegnungszonen zu veröffentlichen und dies zu einem Thema gemacht wird, kann ich der Abschreibung zustimmen. Aber die Forderung nach der Förderung von Begegnungszonen ist ohne Publikation nicht gegeben.

Herr Hans-Ulrich Pestalozzi (GB): Ich zeige auf, was mir vorschwebt: Die Stadt Bern hat eine Broschüre herausgegeben, in welcher klar aufgeführt ist, was eine Begegnungszone ist, wie sie realisiert werden kann, wie vorzugehen ist und wo Kontakt aufgenommen werden muss. Eine solche Broschüre wäre eine gute und klare Kommunikation der Gemeinde gegenüber der Bevölkerung, und solches Vorgehen erwarte ich vom Gemeinderat. Ich bitte euch, mit der Abschreibung noch zu warten, bis eine Publikation durch die Gemeinde realisiert ist.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich kann zusichern, dass bei der nächstmöglichen sich meiner Direktion bietender Gelegenheit im "Köniz Innerorts" das Thema Begegnungszonen in epischer Breite publik gemacht wird. Die Gemeinde Köniz hat momentan keine Ressourcen, um einen Flyer breit zu streuen. Eine fundierte und umfangreiche Dokumentation kann jederzeit bei mir eingesehen werden, es wäre aber zu teuer, diese zu publizieren.

Mit 25 zu 5 Stimmen für die Annahme und 24 zu 13 Stimmen für die Abschreibung fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion GB/GFL (0419) betr. Förderung von Begegnungszonen wird erheblich erklärt

und als erfüllt abgeschrieben.

7. Motion SVP betr. Finanzstrategie und Aufgabenüberprüfung

Beantwortung 0423; Präsidual- und Finanzdirektion

Herr Stefan Lehman (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine Antwort. Erfreut stellen wir fest, dass wir damit offenbar offene Türen eingerannt haben. Eine neue Finanzstrategie ist, wie auch die Aufgabenüberprüfung, vonnöten, wenn wir die Rechnung 2004 betrachten, die auf den ersten Blick erfreulich aussieht, aber auf den zweiten Blick eine weniger erfreuliche Situation aufzeigt. Ohne ausserordentliche Erträge - Verkauf Dreispitzareal und Aufwertungen - wäre sie sicher in den roten Zahlen. Wir sind mit der Antwort des Gemeinderates einverstanden, Worte wie Analysenoptimierung und Verzichtsplanung tönen gut. Das Ziel muss sein, dass die Gemeinde Köniz mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln haushalten und die ausserordentlichen Erträge für innovative und zukunftsgerichtete Projekte einsetzen kann. Wir warten gespannt auf die neue Finanzstrategie, die SVP-Fraktion bittet das Parlament, die Motion zu überweisen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich erkläre, dass der Gemeinderat den Beschluss, eine neue Finanzstrategie zu erarbeiten, bereits vor einiger Zeit gefällt hat, jedenfalls vor der Einreichung der Motion. Insofern war dieser Vorstoss nicht notwendig, aber er hat der Sache sicher nicht geschadet, und deshalb ist der Gemeinderat gerne bereit, die Motion anzunehmen.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion SVP (0423) betr. Finanzstrategie und Aufgabenüberprüfung wird erheblich erklärt.

8. Motion Mader (SP/JUSO) betr. Alkohol- und Tabakwerbverbot

Beantwortung 0424; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Mélanie Mader (SP): Ich danke dem Gemeinderat für seine zwar kurze, aber positive Antwort betreffend eines Alkohol- und Tabakwerbverbotes in der Gemeinde Köniz. Ein besonderes Kompliment mache ich der Fachstelle Prävention, welche einen sehr kompetenten und äusserst interessanten Mitbericht zur Thematik verfasste. Der Mitbericht zeigt auf, dass das Anliegen wichtig ist und bestätigt, dass ein Werbeverbot im Bereich Alkohol und Tabak ein sehr wirksames Präventionsmittel ist. Ich möchte an dieser Stelle nicht weiter auf die im Mitbericht erwähnten Fakten eingehen, denn wir alle wissen, dass übermässiger Alkohol- und Tabakkonsum gesundheitsschädlich ist und auch, dass der Konsum in den letzten Jahren gerade bei Kindern und Jugendlichen massiv zugenommen hat. Das stellt uns alle vor grosse Herausforderungen. Einerseits sind Eltern, Schulen, Vereine und die öffentliche Hand mit aufwändigen Präventions- und Aufklärungsarbeiten als Vorbilder gefordert, Jugendliche vom Konsum von Suchtmitteln abzuhalten. Man ist bereit, für Präventionsprojekte und Jugendschutz entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Andererseits lässt man aber zu, dass Hersteller und Vertreiber von Tabak und Alkohol mit überall präsenter und immer raffinerter Werbung die Jugendlichen zum Konsum animieren.

Das ist für mich ein Widerspruch. Wieso wird Werbung gemacht? Weshalb geben Firmen Zehntausende von Franken für Plakatwerbung aus? Das wird gemacht, um neue Kunden zu werben, um den Konsum anzukurbeln und die Umsatzzahlen zu steigern, denn Werbung muss schlussendlich Gewinne generieren. Gerade Kinder und Jugendliche sind sehr empfänglich für Werbebotschaften, welche ihnen Unabhängigkeit, Abenteuer oder das Erwachsenendasein versprechen. Das blieb auch der Alkohol- und Tabakindustrie nicht verborgen, und längst hat man begriffen, dass vor allem bei den ganz jungen Leuten neue Kundschaft zu gewinnen ist. Das scheint auch wichtig zu, denn es ist bekannt: Je jünger jemand mit dem Rauchen beginnt, desto sicherer kommt er nicht mehr davon los. Hinzu kommt, dass gerade das Rauchen immer mehr aus dem öffentlichen Raum verdrängt wird; laut wird über Rauchverbote in Bahnhöfen, Restaurants und Bars nachgedacht. Um so weniger Sinn macht es für mich, gleichzeitig die Werbung für solche Produkte in der Öffentlichkeit zuzulassen. Natürlich

kann man sagen, ein solches Verbot in Verbindung mit der Ausarbeitung eines Reklame-reglementes koste viel Geld; ein Verbot mehr, das die Wirtschaft vermeintlich beschneide und belaste. Dazu möchte ich folgendes sagen: Das Bundesgericht hat festgehalten, dass zentrale Anliegen wie Gesundheitsförderung, Prävention und Jugendschutz ein Werbeverbot rechtfertigen und die Wirtschaftsfreiheit nicht tangieren. Noch etwas anders kommt hinzu: Betrachtet man die jährlich durch Alkohol und Tabak verursachten Gesundheitskosten und vergleicht man sie mit den Erträgen aus der Suchtmittelwerbung, stellt man fest, dass die Gesundheitskosten in diesem Bereich erwiesenermassen deutlich höher sind als die Mittel, welche durch Werbeaufträge generiert werden. Der freisinnige Nationalrat Gutzwiller hat z.B. vor einiger Zeit im "Tagesanzeiger" folgendes zum Thema Prävention und Werbung gesagt: "Meinte es die Tabakindustrie mit ihrem Jugendschutz Ernst, würde sie jene Massnahmen mittragen, die von Fachleuten schon lange gefordert werden. Dazu gehört die Einschränkung der Tabakwerbung auf die Verkaufspunkte." Ein Plakatwerbeverbot ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, in diesem Sinne bitte ich das Parlament, im Namen der SP/JUSO-Fraktion der Annahme dieser Motion zuzustimmen.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich kann mich dem Inhalt der Motion von Mélanie Mader anschliessen, auch ich bin für ein Verbot. Zwei Argumente sprechen aber dagegen, dieses Verbot auf Gemeindeebene zu erlassen: Erstens gibt es zu diesem Thema einen Volksentscheid aus den Neunzigerjahren, als die Bevölkerung ein Werbeverbot ablehnte, und mir als Parlamentarier würde es deshalb widersprechen, diesem Entscheid entgegen zu stimmen. Zweitens glaube ich nicht, dass die Gemeinde der geeignete Ort ist, ein solches Verbot durchzusetzen. Der Kanton Bern hat 398 Gemeinden, und für mich macht es keinen Sinn, wenn jede in diesem Bereich einzeln versucht, Massnahmen zu ergreifen. Ich möchte den Gemeinderat aber klar aufrufen - das ist für mich der wichtigste Punkt im Vorstoss - das herrschende Tabak- und Alkoholverbot für Jugendliche konsequent umzusetzen. Bereits sind Motionen in diesem Bereich hängig, welche vor allem Schulareale usw. betreffen und das ist in meinen Augen der Weg, den wir zu gehen haben. Deshalb bitte ich euch, die Motion abzulehnen.

Herr Marco Streiff (EVP): Ich widerspreche dem Votum von Bernhard Bichsel. Eigentlich bin ich auch gegen den so genannten "Kantönl- und Gemeindegeist", wo jeder für sich etwas in die Hand nimmt, aber ich habe das Gefühl, es geht hier um die Kinder unserer Gemeinde und diese liegen mir am Herzen. In erster Linie ist es mir ein Anliegen, dass ein solches Alkohol- und Tabakwerbeverbot in unserer Gemeinde veranlasst wird. Wie Mélanie Mader bereits erwähnt hat: Der Widerspruch zwischen Werbung und Prävention ist auch für mich vorhanden.

Herr Christian Vifian (SP): Ich habe einen Widerspruch in deinem Votum ausgemacht, Bernhard Bichsel, und zwar dort, wo du unter Traktandum 11 betr. ganzheitlichem Gemeindeförderung einen Vergleich vornehmen willst. Gerade in der heutigen Zeit, wo es darum geht, Standortvorteile einer Gemeinde nicht nur im Bereich von Steuern zu lancieren, sondern auch im Bereich des Wohlbefindens, denke ich, dies wäre eine gute Gelegenheit, eben gerade auf Stufe Gemeinde zu zeigen, dass man einen anderen Weg geht. Marketing ist genau das. Ich glaube deinem Votum nicht ganz und habe den Eindruck, dahinter stehen andere Interessen - ich denke finanzielle. Das ist aber lediglich eine Vermutung, die ich nicht belegen kann, und wenn dem nicht so wäre, würde ich mich glücklich schätzen. Ein zweiter Punkt: Du sprachst von den 398 Gemeinden im Kanton Bern. Wer möchte die Projektleitung, die Koordination in dieser Frage übernehmen? Wie lange würde das dauern? Das Beste ist doch, an einem kleinen Ort zu beginnen und selber etwas zu unternehmen. Ein anderer Punkt kommt noch hinzu: Marketing - das wird unter Traktandum 11 sicher zur Sprache kommen - kostet etwas, das ist nicht gratis; ab und zu gibt es aber Gelegenheiten, bei welchen es fast gratis ist, und diese hier wäre eine der goldenen, die aufgenommen und akzeptiert würde, im Bereich von Bildung und Erziehung sinnvoll ist und die Prävention ganz klar unterstützt.

Herr Peter Antenen (SP): Die Zahl von 398 bernischen Gemeinden wurde vorhin erwähnt. Ich gehe davon aus, dass Werbung an publikumswirksamen Orten ausgehängt wird und das sind von 398 Gemeinden im Kanton Bern die allermeisten nicht, also findet Werbung wiederum in grossen Gemeinden statt. Somit kommt die Gemeinde Köniz wieder ins Spiel und wenn es uns mit dem Thema Prävention Ernst ist, beginnen wir mit einem Werbeplakatverbot für Tabak und Alkohol in unserer Gemeinde. Solches Vorgehen wird von internationalen Fachleuten und Organisationen empfohlen, und ich denke, die Gemeinde Köniz trägt hier eine

gewisse Verantwortung. Lasst uns dieses Werbeverbot - wie dereinst bei Kleinkrediten - einführen.

Herr Hans-Ulrich Pestalozzi (GB): Ich komme auf die Weiterbildung betreffend Gemeindefinanzierung zurück, wo uns erklärt wurde, Mittel sollen effizient eingesetzt werden. Ich sehe keine Effizienz, wenn einerseits viel Geld für Prävention ausgegeben wird und andererseits viel Geld in die Werbung für Tabak und Alkohol gesteckt wird. Deshalb bittet euch das Grüne Bündnis, die Motion anzunehmen.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Nur ganz kurz: Die ganze "Reklamegeschichte" ist ein Erbstück und bereits vor längerer Zeit habt ihr eine Motion überwiesen, welche den Gemeinderat verpflichtet, ein Reklamereglement zu erarbeiten. An der letzten Parlamentssitzung musste ich dafür eine Fristerstreckung beantragen, und dieses Thema hier gehört in dasselbe Paket hinein.

Mit 27 zu 3 Stimmen, bei einigen Enthaltungen, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion Mader (SP/JUSO) (0424) betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot wird erheblich erklärt.

9. Motion des Jugendparlamentes (0427) betr. definitive Einführung der Moonliner Linie M16 Bern-Niederscherli-Schwarzenburg-Riggisberg

Beantwortung 0427; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Die Parlamentspräsidentin: Mit besonderer Freude komme ich zu diesem Punkt der Traktandenliste, da es sich um die erste vom Jugendparlament eingereichte Motion handelt. Will sich jemand vom Jugendparlament zum Vorstoss äussern?

Frau Christine Bühler (Vorstand Jugendparlament Köniz): Wir möchten im Namen von Marcel Buffat danken - der die Motion, wie auch den Betrieb der Moonliner-Linie 16 "auf die Beine gestellt" hat -, dass ihr die Motion aufgenommen habt und sie hoffentlich annehmt. Es war uns ein grosses Anliegen, dass der Moonliner weiter geführt wird, weil er für die Jugendlichen sehr wichtig ist und auch sehr rege benutzt wird.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich unterstütze den Antrag des Jugendparlamentes wärmstens und wehe, jemand ist dagegen.

Herr Peter Antenen (SP): Urs Wilk, ich ängstige mich bereits und nehme die Motion an. Wie den Begründungen der Motion und der Antwort des Gemeinderates entnommen werden kann, entspricht das Angebot tatsächlich einem grossen Bedürfnis. Das Ausgehverhalten - insbesondere jenes der Jugendlichen - hat sich geändert, und diesem Umstand muss man Rechnung tragen. Für die SP/JUSO-Fraktion ist daher klar, das Jugendparlament mit seinen Forderungen bzw. den Gemeinderat bei seinen Bemühungen zu unterstützen. Ein attraktiver öffentlicher Verkehr muss sich an den Gegebenheiten bzw. am Markt orientieren und dann zur Verfügung stehen, wenn er benötigt wird. Das kann an Wochenenden mitunter etwas spät der Fall sein. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst, dass der Gemeinderat bereits Verhandlungen mit betroffenen Gemeinden führte, was dazu geführt hat, dass der Moonliner nahtlos weiter betrieben werden kann. Die Moonliner-Linie 16 bildet nicht zuletzt einen weiteren Beitrag zu einer modernen, attraktiven Gemeinde Köniz oder einer ganzen Region Bern. Unter den Gesichtspunkten Nachfrage, Aufwand und Ertrag bzw. Kosten der Gemeinde ist die SP/JUSO-Fraktion klar der Meinung, dass sich dieser Ausbau des öffentlichen Verkehrs durchaus lohnt. In diesem Sinne wird die SP/JUSO-Fraktion die Motion des Jugendparlamentes - die sie bestens verdankt - voll und ganz unterstützen.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich bin Vater dreier Teenager, welche den Moonliner 16 rege benutzen, und es wäre ein echter Verlust, wenn diese Linie nicht mehr betrieben würde. Im Namen der CVP/EVP/LdU-Fraktion darf ich mitteilen, dass wir das Ansinnen unterstützen, die Linie weiter zu führen.

Herr Niklaus Hofer (SVP): Die SVP-Fraktion steht ebenfalls einstimmig hinter diesem Geschäft. Gerade wenn wir das vergangene Wochenende mit dem Dorffest in Niederscherli betrachten und um 11.30 sowohl in Mittelhäusern wie auch in Köniz Polizeikontrollen mit Alko-

holtests vorgenommen würden, hätten unter Umständen auch Erwachsene keine andere Möglichkeit, als den Moonliner zu benützen. Ich füge noch bei, dass der eigentliche Erstinitiant dieser Motion ein junges SVP-Mitglied war, das seinerzeit in Mittelhäusern wohnte.

Herr Hans-Ulrich Pestalozzi (GB): Immer wieder wird nach Win-Win-Situationen gesucht, und diese hier ist sogar eine Triple-Win-Situation, das höchste der Gefühle. Wir alle gewinnen, weil wir noch zu später Nachtzeit nach Hause kommen, die Gemeinde gewinnt, weil das Budget minimiert wird und das Jugendparlament gewinnt, denn das ist sein erster Vorstoss.

Herr Marco Streiff (EVP): Ich danke dem Jugendparlament für die Einreichung der Motion und hoffe, ihr habt Mut erhalten, euch weiterhin zu engagieren. Ich hoffe, dass ihr mir im Parlament Gesellschaft leisten werdet, gebt Vollgas und nominiert euch bei den Wahlen als Parlamentsmitglieder, wir haben noch mehr junge Leute nötig!

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich danke allen Votanten herzlich für die positive Aufnahme der Motion und bin auf das Abstimmungsergebnis gespannt.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion des Jugendparlamentes (0427) betr. definitive Einführung der Moonliner Linie M16 Bern-Niederscherli-Schwarzenburg-Riggisberg wird erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

10. Motion SP-Fraktion betr. attraktiver öffentlicher Verkehr - auch in den Spitzenzeiten

Beantwortung 0429; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Herr Beat Deuber (SP): Die Motion hatte zwei Ausgangspunkte: Einerseits sind im Raum Köniz/Liebefeld grosse Bauvorhaben in Planung und Ausführung, andererseits gewann man am Anfang der neuen Verkehrsführung den Eindruck - der sich nun leider bestätigt -, dass der Verkehr in Köniz sehr zähflüssig geworden ist. Da die Motion zwei Auslöser hatte, sind die Mitglieder der SP/JUSO-Fraktion von der Antwort des Gemeinderates nur zum Teil befriedigt. Dies aus folgenden Gründen: Wir begrüßen es sehr, dass der Gemeinderat die Situation Ernst nimmt, die ausgelösten und geplanten Bauvorhaben analysiert und zusammen mit den Partnern von Stadt und Kanton Bern Studien und Planungen in Auftrag gegeben hat. Zudem hat er sehr rasch auf die aktuelle Stausituation reagiert; in diesen Tagen wird in Köniz ein Versuchsbetrieb eingerichtet mit einer Lösung, welche die Stauproblematik entschärfen soll, indem die Fussgängerstreifen im Zentrum entfernt werden. Resultate sind noch nicht vorhanden, einzig bekannt ist, dass dieser Versuch relativ kontrovers diskutiert wird und zum Teil heftig umstritten ist. Deshalb sind wir sehr verwundert darüber, dass der Gemeinderat die Motion bereits abschreiben will. Es leuchtet nicht ganz ein, Studien und Planungen in Auftrag zu geben, wenn das Resultat anscheinend bereits bekannt und man der Meinung ist, mit dem anstehenden Versuch die Situation entschärft und gelöst zu haben. Ich bin der Meinung, dass ich als Motionär, meine Mitunterzeichnenden und das Parlament wie auch die Steuern Zahlenden das Recht haben, dass die in Auftrag gegebenen Studien und Planungen, wie auch der ausgelöste Versuch seriös ausgewertet werden und anschliessend über allfällige Massnahmen entschieden wird, und erst am Schluss, wenn diese gefruchtet haben, kann die Motion abgeschrieben werden.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich bin dankbar zu hören, dass festgestellt wird, der Gemeinderat nehme die Probleme Ernst und reagiere entsprechend. Was die Probleme im Zentrum von Köniz betrifft, konnten wir relativ rasch reagieren. Wir haben Massnahmen ergriffen, die zu Folge hatten, dass Bernmobil heute bestätigen kann, auf der Linie 17 gebe es keine relevanten Verspätungen mehr. Das ist doch ein grosser Erfolg, den wir als Folge der Umbauarbeiten im Zentrum von Köniz verbuchen dürfen. Dass wir vorausschauen, ist für mich selbstredend, und dass ich nicht sämtliche Studien und Massnahmen in epischer Breite darlege, liegt in der Natur der Sache. Wir haben die Probleme erkannt, wir wissen, was auf uns zukommt; wir haben Massnahmen im Kopf und sind an Abklärungen, die wir zu gegebener Zeit bekannt geben. Mir ist wesentlich zu wissen, dass ihr unsere Probleme auch kennt und wisst wo es klemmt. Aus diesem Blickwinkel bin ich der Meinung, die Motion könne abge-

schrieben werden.

Herr Urs Maibach (GB): Ich stelle erfreut fest, dass der Gemeinderat den Motionären zustimmt und eine klare Stellungnahme abgibt. Er erklärt: "Der öffentliche Verkehr soll seine Fahrgäste pünktlich und ohne längere Wartezeiten ans Ziel bringen." Ich muss zugestehen, dass sich der Gemeinderat dem Problem angenommen und bereits einiges unternommen hat. Die Busspur in der Dosierungsanlage Muhlern- und Schwarzenburgstrasse ist z.B. eine sehr gute Sache, einzig jene an der Schwarzenburgstrasse dürfte noch etwas länger sein. Seit kurzem sind auch die Öffnungszeiten der Poller an der Landorfstrasse angepasst, auch diese Massnahme zeigte Wirkung. Nichtsdestotrotz haben wir nach wie vor Probleme im Zentrum. Man spricht z.B. beim - nun aufgehobenen - Fussgängerstreifen zwischen Coop und Migros von einem "unerwartet hohen Fussgängeraufkommen", dabei ging man von falschen Zahlen aus. Aus diesem Grund wird meiner Meinung nach der Versuch "FLOZ" nicht den gewünschten Erfolg bringen, denn ob 600 Personen pro Stunde über einen Fussgängerstreifen oder die Strasse nun irgendwo überqueren, wird wenig Auswirkungen auf den Verkehrsfluss haben. Im Weiteren und dieser Punkt scheint mir wichtig zu sein: Gemäss Auskunft der Verkehrsabteilung werden bei einer Zunahme von 10 Prozent des Verkehrsaufkommens Staus auftreten, weil die Kapazität der Strasse erschöpft ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir über kurz oder lang in unserem Zentrum 10 Prozent Mehrverkehr haben werden, ist gross. In dieser Situation wurde von der Gemeinde – Gemeinderat Urs Wilk hat es angetönt – in Zusammenarbeit mit dem Oberingenieurkreis II und der Regionalen Verkehrskonferenz eine Studie in Auftrag gegeben, welche die künftige Entwicklung aufzeigen und Lösungsmöglichkeiten vorschlagen soll. Das ist eine gute Sache und das eigentliche Thema der Motion. Aus diesem Grund – nehme ich an – wird der Gemeinderat die Motion annehmen. So lange dieser Bericht aber noch nicht vorhanden ist, wir die Auswirkungen nicht kennen und noch nicht wissen, welche Massnahmen zu ergreifen sind, so lange der FLOZ-Versuch noch nicht ausgewertet ist, sind wir vom Grünen Bündnis klar der Ansicht, darf die Motion nicht abgeschrieben werden.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Urs Maibach, jetzt muss ich etwas erklären, das mir Leid tut: Wir konnten heute im Verlaufe des Tages die Versuchsanordnung in Angriff nehmen und wenn du dich nun dazu versteigst zu sagen, dieser Versuch werde nicht von Erfolg gekrönt sein, ist das dieser Versuchsanordnung gegenüber nicht ganz fair. All jene, die daran gearbeitet haben, bemühten sich mit allen möglichen Mitteln und Ergänzungen, auch auf Interventionen unsererseits hin, dem Versuch zum Erfolg zu verhelfen, und nun würde ich dazu gerne positives Denken zur Kenntnis nehmen. Im Übrigen: Ich bin der Meinung, der Gemeinderat habe durchaus erkannt, dass der öffentliche Verkehr ein wesentlicher Bestandteil unseres Verkehrssystems ist, davon müssen wir nicht überzeugt werden. Die eingeleiteten Untersuchungen werden zu hoffentlich für alle guten Resultaten führen, und so gesehen bin ich der Meinung, dass die Motion abgeschrieben werden kann. Soviel Vertrauen darf dem Gemeinderat geschenkt werden.

Herr Beat Deuber (SP): Ich mache von meinem Anrecht aufs Schlusswort Gebrauch: Urs Wilk, du hast vorhin das Wort „hoffentlich“ gebraucht, und genau das ist die Problematik: Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat mit grossem Elan an die Probleme gegangen ist, aber es geht nicht nur um die aktuelle Situation im Zentrum, sondern es sind noch andere grosse Bauvorhaben in Ausführung oder bereits ausgelöst und dazu laufen Studien und Planungen. Mit der Wendung, dass es „hoffentlich klappe“, kann nicht viel angefangen werden, denn nun muss zuerst der FLOZ-Versuch ausgewertet werden - die SP-Fraktion hat dahingehend Stellung genommen, dass sie mit der Versuchsanordnung bei Tempo 30 durchaus einverstanden ist – und erst danach kann die Motion abgeschrieben werden.

Mit 28 zu einer Stimme - bei einigen Enthaltungen - für die Annahme und mit 21 zu 17 Stimmen für die Abschreibung fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion SP-Fraktion (0429) betr. attraktiver öffentlicher Verkehr - auch in den Spitzenzeiten wird erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

11. Interpellation jfk betr. ganzheitlichem Gemeindemarketing

Beantwortung 0501; Präsidual- und Finanzdirektion

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich beantrage Diskussion.

Da weniger als 10 Personen zustimmen, wird keine Diskussion geführt.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich nehme vorweg: Marketing ist nicht nur Werbung, man unterscheidet zwischen internem, externem oder interaktivem Dienstleistungsmarketing. Ich erkläre mich materiell von der Antwort des Gemeinderates nur teilweise befriedigt und inhaltlich gar nicht. Positiv hebe ich hervor, dass der Gemeinderat bei anderen Gemeinden Abklärungen betreffend Gemeindemarketing vornehmen liess und würdige besonders, dass der Internet-Auftritt unserer Gemeinde meines Erachtens sehr gut ist. Ebenso finde ich es lobenswert, dass die Gemeinde Köniz - gemäss IDHEAP - die attraktivste Gemeinde im Kanton Bern ist. Für mich ist charakteristisch, dass sich die Gemeinde Köniz bei andern Gemeinden informieren muss, wie man sich vermarkten kann. Wir sind heute die beste Gemeinde im Kanton Bern, ein Unternehmen mit 400 Angestellten und bringen es nicht zustande, ein ganzheitliches Marketing auf die Beine zu stellen. Es ist schade, dass der Gemeinderat die Ausgaben, welche ein ganzheitliches Marketing mit sich bringen würden, als Gefahr sieht; ich sehe diese als Investition in die Zukunft. Heute sind wir die Besten und wir müssen uns heute verkaufen können. Deshalb meine Aufforderung an den Gemeinderat, in diese Richtung etwas zu tun. Ich stelle noch zwei, drei nicht beantwortete Fragen: Zu Frage 1b möchte ich gerne ein Ja oder ein Nein hören. Betreffend Situation in Köniz wird erklärt, man arbeite bereits mit wirkungsvollen Instrumenten, ich frage: Mit welchen? Im gleichen Absatz betreffend Wohnbautätigkeit steht, diese seien überdurchschnittlich gewesen und ich möchte wissen, im Vergleich zu was. Da der Gemeindepräsident und die Gemeindegemeinschafterin für das Gemeindemarketing zuständig sind, möchte ich von ihnen gerne wissen, wie hoch der prozentuale Arbeitsanteil dieser beiden Personen für das Gemeindemarketing ist.

Die Parlamentspräsidentin: Der Gemeindepräsident kann dir keine Antwort erteilen, er wird diese Fragen anschliessend jedoch sicher zur Genüge mir dir diskutieren.

Der Interpellant erklärt sich teilweise befriedigt.

12. Interpellation Egli/Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Hochspannungsleitung

Beantwortung 0502; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Claudia Egli (SP): Ich beantrage Diskussion

Da mehr als 10 Personen zustimmen, wird Diskussion gewährt.

Frau Claudia Egli (SP): Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung unserer Fragen. Der Gemeinderat erwähnt die teureren Anschaffungskosten einer Erdkabelleitung gegenüber einer Freileitung. Die BKW kann keinerlei Erfahrungswerte in Bezug auf Lebensdauer, Wartung, Gesundheit etc. nachweisen, wir finden aber, gerade diese Kosten oder Einsparungen müssten geprüft werden. Die Interessengemeinschaft für eine umweltfreundliche Hochspannungsleitung Mühleberg - Wattenwil prüft zur Zeit eine Erdkabelleitung der Firma Siemens, welche in diesem Bereich über eine Erfahrung von 30 Jahren verfügt. Das Ergebnis der Prüfung wird in rund 2 bis 3 Wochen vorhanden sein, und wir wünschen vom Gemeinderat, dass er dieses prüfen wird, bevor er andere Entschlüsse trifft. Zum erwähnten teureren Preis für eine Erdkabelleitung muss man sich die Frage stellen, weshalb diese zusätzliche Hochspannungsleitung Mühleberg - Wattenwil überhaupt benötigt wird. Diese Leitung wird nicht grundsätzlich wegen des Mehrverbrauchs von uns Normalverbrauchern benötigt, sondern wegen des entstandenen Strommehrverbrauchs für den Betrieb der Neat im Lötschberg, für deren Erstellung der Bund verantwortlich ist. Dieser Strommehrverbrauch war bereits bei der Planung der Neat klar und hätte im Budget vorhanden sein sollen. Kann nicht der Gemeinderat beim Bund bzw. der BKW vorstellig werden und gewisse Forderungen stellen? Uns beschäftigen auch die 220 Kilovolt, welche durch die Hochspannungsleitungen fliessen: Damit sich keine gesundheitsschädlichen Abstrahlungen ergeben können, müssen die Masten bereits für die Leistung von 220 Kilovolt eine Höhe von bis zu 90 Metern aufweisen. Weshalb werden Leitungen mit einer Leistung von 380 Kilovolt in Betracht gezogen,

wenn bereits 220-Kilovolt-Leitungen vorhanden sind? Ist das nicht ein Risiko für die Bevölkerung? Die Mehrleistung würde von uns nicht bemerkt, wäre gesundheitlich aber sicher nicht mehr tragbar. Das AKW Mühleberg wird im besten Fall 2025, im schlechtesten Fall 2012 schliessen; ein Stromlieferant wird dann ausfallen und wenn die BKW bis zu diesem Zeitpunkt alternative Möglichkeiten oder andere Stromlieferanten nicht fördert, könnte es dannzumal praktisch sein, mehr Strom durch diese Leitung fliessen zu lassen. Das macht uns sehr unsicher, und deshalb bittet die SP/JUSO-Fraktion den Gemeinderat an diesen Fragen dran zu bleiben und nur das Beste für unsere Gemeinde im Sinne zu haben.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich verweise auf die Beantwortung der Dringlichen Motion 0511 der SVP im Anschluss unter Traktandum 13.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Als Elektroingenieur möchte ich zwei Punkte festhalten. Die Verluste bei höherer Spannung sind kleiner, d.h. es geht weniger Energie verloren und bei einer Erdkabelleitung sind ebenfalls höhere Verluste festzustellen als bei einer Freileitung. Auch aus ökologischer Sicht müssen diese Punkte beachtet werden, und ich bitte den Gemeinderat, dem Rechnung zu tragen, denn es macht keinen Sinn, wenn teure Solaranlagen aufgestellt werden, die gewonnene Energie in den Leitungen jedoch gleich wieder verloren geht.

Die Interpellantinnen erklären sich teilweise befriedigt.

13. Dringliche Motion SVP betr. Hochspannungsleitung Mühleberg-Wattenwil

Beantwortung 0511; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Herr Hans Moser (SVP): Die technischen Details haben wir von Claudia Egli und Bernhard Bichsel gehört, wir gehen mehr auf die eigentliche Aufgabe des Gemeinderates ein: Ich danke dem Gemeinderat für seine schnelle Beantwortung, die SVP-Fraktion kann sich mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden erklären. Für die Betroffenen im Perimeter der Hochspannungsleitung drängt die Zeit, denn der Gemeinderat hat Fragen zu diesem Thema nicht immer schnell oder überhaupt nicht beantwortet. Zum Beispiel blieb - was nicht sein darf - ein eingeschriebener Brief eines Gemeindegürgers über längere Zeit unbeantwortet. Die Betroffenen im Perimeter der Hochspannungsleitung haben sich zur Interessengemeinschaft "Umweltfreundliche Hochspannungsleitung Wattenwil - Mühleberg" zusammen geschlossen, welche die Anliegen wahrnimmt und auch die Grundeigentümer bei Verhandlungen unterstützt und berät. So reichte z.B. die BKW für das Baugesuch eines Weidestalles in Mengestorf eine Einsprache ein, Frust und Empörung waren bei den Betroffenen gross. Wichtig ist auch, dass die Einsprache betreffend Hochspannungsleitung aufrecht erhalten bleibt, bis eine Gesamtlösung des Projektes von Mühleberg bis Wattenwil vorhanden ist. Es soll nicht möglich sein, dass einzelne Abschnitte gebaut werden können. Ob eine Lösung mit Freileitung oder mit Verlegung in den Boden realisiert wird, muss auf der ganzen Länge der Leitung im Sinne der Interessengemeinschaft abgeklärt und geprüft werden. Für die betroffenen Gemeinden ist der Blick nach Köniz gross, die Gemeinde darf nicht nur zum Ziel haben, Verbesserungen am Projekt zu erreichen, sondern sie muss die Vorreiterrolle übernehmen. Ebenso können im Perimeter liegende Liegenschaften und Bauzonen unter Umständen an Wert verlieren oder es kann kein Käufer mehr gefunden werden. Gesundheitliche Aspekte sind in jede Abklärung einzubeziehen und haben die Vorgaben des Bundesamtes für Gesundheit einzuhalten. In diesem Sinne hoffen wir auf eine positive Unterstützung des Postulates.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Vorstoss. Der Bau der Hochspannungsleitung ist ein massiver Eingriff in die Natur sowie eine grosse Verschlechterung der Lebensqualität für die Betroffenen wie auch eine Abwertung ihrer Liegenschaften. Hiezu einige Fakten: Nicht nur wird die Spannung der neuen Leitung von 132 kW auf 220 kW erhöht, sondern auch die Stromstärke um das Siebenfache erhöht. Die neuen Masten mit doppelter Kabelführung werden viel höher als die bisherigen sein, in Niederwangen wird z.B. eine Höhe bis zu 96 Meter erreicht, fast so hoch wie das Berner Münster. Ein grosser Teil der Leitungen durchquert ein geschütztes Landschaftsgebiet von nationaler Bedeutung, das laut Bundesgerichtsentscheid erhalten bleiben und

grösstmöglich geschont werden sollte. Bei den vorgesehenen Ausbauplänen dieser Leitung kann aber nicht von Schonung gesprochen werden. Die Liegenschaften in der Nähe der Leitung werden an Wert verlieren, gemäss Fachleuten kann dieser um 30 bis 50 Prozent sinken. Zu den Erklärungen von Bernhard Bichsel: Ich staune immer, dass es möglich ist, auf den Mond zu fliegen, aber wenn es darum geht, menschenfreundliche Kabel zu bauen, die wenig Energie verlieren, soll dies nicht möglich sein. Das ist in meinen Augen nur eine Frage der Forschung. Wir erwarten vom Gemeinderat nicht nur eine Gleichbehandlung der Betroffenen, sondern dass er für die Menschen und die Umwelt die bestmögliche Lösung findet.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Die Antwort des Gemeinderates ist klar, wir haben uns der Sache gründlich angenommen. Ich führte ein längeres Gespräch mit Vertretern der BKW und für mich ist sonnenklar, dass es keine Ungleichbehandlung zwischen dem Teilstück Gasel - Mühleberg und jenem Gasel - Wattenwil gibt. Ich gebe folgendes zu bedenken: Diese Leitung ist bereits vorhanden, sie steht seit X Jahren und wird mit 132 Kilovolt beschickt, erfüllt aber die heute geltenden Normen betreffend Starkstrom teilweise überhaupt nicht mehr. So gesehen ist eine neue Leitung in einigen Bereichen eine Verbesserung der heutigen Situation, auch wenn mehr Strom fliessen wird. Wir nehmen das Problem auf jeden Fall Ernst und werden mit den betroffenen Gemeinden Kontakt aufnehmen wie auch die IG anhören. Im Gegenzug werden wir aber auch die BKW anhören, weil wir nicht mehr auf dem neuesten Stand des Projektes sind und auch im Gemeinderat einige Wechsel stattgefunden haben. In vielen Bereichen wurden wesentliche Verbesserungen erreicht und zu gegebenem Zeitpunkt werden wir das Parlament wieder orientieren. In diesem Sinne sind wir bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die dringliche Motion SVP (0511) betr. Hochspannungsleitung Mühleberg-Wattenwil wird als Postulat erheblich erklärt.

14. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

0512 Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen

0513 Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Mobilitätsmanagement

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Unter dem Stichwort Raumbewirtschaftung/Raumverdichtung kann ich das Parlament dahingehend informieren, dass die Räumlichkeiten der ehemaligen Steuerverwaltung inzwischen vermietet sind, zu einem Drittel an ein Notariatsbüro und zu zwei Dritteln an eine Versicherungsagentur. Die Mietverträge beginnen im August 2005 und generieren Mietzinseinnahmen von 180 Franken pro m²/BGF. Vor Mietbeginn werden die Büros noch sanft renoviert. Wir werden euch im Rahmen der Rechnungslegung beantragen, diese Liegenschaft vom Verwaltungs- in das Finanzvermögen zu transferieren.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Luc Mentha, du hast mir bereits die Türe zu meiner Frage geöffnet: Ich frage zum dritten Mal betreffend den - meines Wissens immer noch leeren - Räumlichkeiten im Werkhof an, ob in diese Richtung etwas gegangen ist. Ich habe bereits am 14. Januar 2005 angefragt und du hast mir die Auskunft gegeben, wir würden zu gegebener Zeit orientiert.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Inzwischen wurde die Raumbelastung der Verwaltung im Detail aufgenommen, ein entsprechender Bericht wird dem Gemeinderat nach einer kleinen noch vorzunehmenden Korrektur vorgelegt werden. Dieser wird aufzeigen, wie viele Raumreserven noch vorhanden sind. Richtig ist, dass die Räumlichkeiten im Werkhof noch nicht voll besetzt sind. Wir sind der Meinung, zuerst das Projekt Aufgabenüberprüfung im Gemeinderat abzuschliessen, weil sich allenfalls organisatorische Veränderungen in der Unterstellung von Dienststellen und Abteilungen ergeben könnten. Das kann zur Folge haben, dass diese Räumlichkeiten im Zusammenhang mit dem Vollzug der neuen Aufgabenverteilung des Gemeinderates benötigt werden. Mit deiner Beurteilung, dass diese Räumlichkeiten belegt

sein müssen, bin ich absolut einverstanden, wir gehen nun aber in der von mir erklärten Reihenfolge vor.

Herr Valentin Lagger (CVP): Heute Abend haben wir viele Geschäfte in einem atemberaubenden Tempo behandelt. Ich habe nun eines, das dieses Tempo nicht ganz mithalten kann: Anfangs 2000 haben wir eine Motion betr. Auslagerung der Pensionskasse eingereicht, der Bericht liess etwas auf sich warten und vor etwa 8 Monaten haben wir das Geschäft im Parlament behandelt. Uns wurde in Aussicht gestellt, nach 6 Monaten - was bereits um 2 Monate überschritten ist - einen Antrag oder zumindest einen Bericht vorzulegen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich nicht mehr dazu sagen, als euch bereits bekannt ist: Der Bericht liegt noch nicht vor. Wir sind der Meinung, an sich Bericht erstattet zu haben, aber im Rahmen der in der Personalabteilung vorhandenen Kapazitäten und aufgrund der Menge der zu behandelnden Geschäfte in meiner Direktion, kann ich euch an einer der nächsten Sitzungen den Fahrplan bekannt geben.

Herr Urs Maibach (GB): Heute beginnt die Versuchsordnung FLOZ im Zentrum von Köniz, und ich möchte mich entschuldigen, wenn mein Votum zu diesem Thema vorhin etwas gar negativ daher gekommen ist. Es war ein eher rechnerischer Vergleich, der Möglichkeiten erahnen lässt, aber ich hoffe natürlich, dass diese Versuchsordnung gut enden wird. Die Verkehrsabteilung hat einen enormen Aufwand betreffend Information der Bevölkerung betrieben, unter anderem eine A5-Broschüre, die auf Berndeutsch verfasst wurde. Vor einigen Tagen fragte mich eine Lehrerin aus dem Buchseequartier, weshalb diese so verfasst wurde, denn sie habe bis zu einem Drittel Kinder in ihrer Klasse, welche nicht berndeutscher Muttersprache seien und deren Eltern diese Broschüre überhaupt nicht verstehen würden. War sich die Verkehrsabteilung dieser Problematik bewusst und gedenkt man allenfalls, sich dieser Bevölkerungsgruppe noch anzunehmen?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich danke zuerst für die Relativierung deines Votums. Die ganze Informationskampagne wurde nicht durch die Verkehrsabteilung entwickelt, sondern vom Oberkreisingenieurkreis II in Zusammenarbeit mit einer Spezialistin. Dass dieser Flyer auf Berndeutsch verfasst ist, habe ich heute auch zum ersten Mal gesehen. Diese Broschüre kommt aber im Grossen und Ganzen gut an und ist eine gute Unterstützung der ganzen Aktion. Wenn jemand nicht Berndeutsch lesen kann, sind die Verkehrshelfer sicher bereit, zu übersetzen.

Frau Stephie Staub (SP): Ich habe eine Frage in dieser Angelegenheit zu jener Broschüre, die in die Haushalte verteilt wurde, worin stand, dass rund zwei Wochen nach Versuchsbeginn eine erste Zwischenbilanz gezogen werde, und bei gravierenden Probleme werde der Versuch vorzeitig abgebrochen. Erstens: Ist ein Kriterienkatalog betreffend eines vorzeitigen Abbruchs vorhanden? Zweitens: Wer entscheidet genau, wann abgebrochen werden soll?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Richtig ist, dass wir am 18. Mai 2005 eine Sitzung über eine erste Zwischenbilanz dieser Versuchsordnung durchführen werden. Ein eigentlicher Kriterienkatalog existiert nicht, aber Kriterien wären z.B., wenn der Verkehr gänzlich zum Erliegen käme, weil weder Fussgänger noch Autofahrer sich zu bewegen getrauten oder auch, wenn wir feststellen müssten, dass es zu einer Häufung gefährlicher Situationen käme. Einen Abbruchentscheid würde der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit dem Kreisoberingenieur fällen.

Herr Martin Graber (SP): Die Lebensqualität in der Gemeinde Köniz ist gross, das konnte der Zeitschrift "Cash" entnommen werden, und für mich als Bewohner des Gartenstadt-Quartiers ist sie nun noch etwas grösser, weil der Kiosk im "Fadespüeli" im Liebefeld endlich sauber ist. Die Gemeinde und die Verkehrsgenossenschaft Gartenstadt haben sich zusammen geschlossen und am Kiosk alle Sprayereien entfernen lassen. Diese Zusammenarbeit ist eine sehr gute Lösung und ich danke den beiden Partnern für Initiative und Engagement.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich bin erfreut, dass die Gemeinde für einmal Blumen erhält, ich nehme diese gerne entgegen und werde sie an die Liegenschaftsverwaltung weiter geben, denn sie organisierte diese "Säuberungsaktion" mit der Verkehrsgenossenschaft Gartenstadt. Richtig ist, dass dahinter ein Einsatzprogramm aus der Direktion von Ueli Studer steckt, das dafür sorgen wird, dass Sprayereien in Zukunft schnell entfernt werden; dies im Sinne der Strategie, den Sprayern ihre "Tätigkeiten" zu verleiden. Die Direktion SGS ist daran,

das Projekt noch weiter zu entwickeln, und wir werden es weiterhin interessiert verfolgen.

Die Parlamentspräsidentin: Vom 27. - 29. Mai 2005 findet in Köniz PlatzdasFest statt, ein Ereignis, das man sich nicht entgehen lassen darf. In den nächsten Tagen werden Broschüren in die Haushalte verteilt und allerorts wird auf dieses Fest hingewiesen.

Auch steht der Termin für das Treffen mit dem Bieler Stadtrat fest, es findet am 19. August statt. Ich frische euer Gedächtnis kurz auf: Wir revanchieren uns für die letztjährige Einladung nach Biel und nicht zuletzt auf Wunsch der Bieler organisieren wir einen Plauschfussballmatch. Den Fraktionen wurden Listen abgegeben, die wir euch bitten auszufüllen, damit wir bis zum 20. Juni 2005 wissen, wie gross unsere Mannschaft sein wird. Ich betone: Auch Damen sind herzlich willkommen.

Die nächste Sitzung findet am 20. Juni 2005 und ich rufe euch in Erinnerung, dass im Juni zwei Sitzungen stattfinden werden, d.h. die zweite Sitzung ist am 27. Juni 2005.

Schluss der Sitzung 21.05 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher